STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 03/14 des Einwohnerrates

Freitag, 20. Juni 2014, 20.00 - 22.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	Präsident
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Dean	Cornelia	SP	
	Dellagiacoma	Claudio	FDP	
	Flück	Christian	Pro Stein	Stimmenzähler
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	
	Marchetto	Gian Luca	SVP	Vize-Präsident
	Ochsner	Daniel	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	ÖBS	
	Schäffeler	René	FDP	
	Spescha	Peter	SP	Aktuar
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Hug	Beat	Finanzreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Schilling	Heidi	Sozialreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Grötchen	Robert	Polizeichef/Weibel	
	GPK			
	Weibel	Urs	Präsident GPK	
Entschuldigt:	-			
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 8. Mai 2014
2. Anschaffung Feuerwehr Ersteinsatzfahrzeug und Beschaffung Ausrüstung für Firstresponder-Gruppe
   Kreditantrag über Fr. 76‘850.-
3. Jahresrechnung 2013: Beratung und Genehmigung
4. Ärzte-Gemeinschaftspraxis: Beteiligung der Stadt Stein am Rhein an der zu gründenden Aktiengesellschaft „Immobilie Gemeinschaftspraxis“
5. Aufwertung Bahnhof SBB und Bushof – Hindernisfreier Zugang zu Bahn und Bus: Kreditantrag über Fr. 4.77 Mio.
6. Interpellation Rossi: Schulraumsituation im oberen Kantonsteil
7. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Protokolle 03.20.005

1. Protokoll der Sitzung vom 8. Mai 2014

Rolf Oster weist darauf hin, dass die auf Seite 29 unter seinem Votum erwähnte Firma Brillux und nicht Dulux heisst.

Das Protokoll der Sitzung vom 8. Mai.2014 wird genehmigt.

SICHERHEIT, Feuerwehr/Feuerpolizei, Fahrzeuge 07.05.010

2. Anschaffung Feuerwehr Ersteinsatzfahrzeug und Beschaffung Ausrüstung für Firstresponder-Gruppe Kreditantrag über Fr. 76‘850.-

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, teilt mit, dass dieses Geschäft bereits erledigt ist und die GPK aufgedeckt hat, dass dafür kein Antrag gestellt wurde. Dafür möchte er sich entschuldigen.
Praktisch ohne Budget hat er das Firstresponder-Projekt von seinen Vorgängern übernommen. Da er dies als eine wichtige Sache erachtet hat, wurde dieses durch ihn entsprechend forciert. Wie nicht üblich, hatte man dann die Stiftung für Unterstützung angefragt und eine positive Rückmeldung erhalten. Auch die Gebäudeversicherung und Feuerpolizei standen dem Projekt positiv gegenüber und haben Unterstützung geleistet. Wie im Antrag ersichtlich, blieben schlussendlich nur noch knapp Fr. 5‘000 als Netto-

Anteil der Stadt übrig. Der Stadtrat hat dazumal beschlossen, dass man diese Firstresponder-Gruppe ins Leben ruft, mit dem gleichzeitigen Kauf der benötigten Geräte und eines Occasions-Ersteinsatzfahrzeuges, das entsprechend umgebaut und auf den neuesten Stand gebracht wurde. All dies zusammen ergaben die Fr. 76‘000 und dabei ist ihm der Fehler unterlaufen, den Einwohnerrat für den Kredit anzufragen.
Bereits war der Firstresponder zweimal im Einsatz. Man ist jetzt bei Nummer 144 aufgeschaltet. Robert Grötchen, Stadtpolizist, ist ebenfalls ausgebildet und mit seiner Anwesenheit auf dem Rathaus und seinem Pikett er hat die grösste Chance, dass er bei Bedarf schnellstmöglich vor Ort ist.
Er dankt für das Verständnis und hofft, dass der Einwohnerrat dem Antrag auch nachträglich noch zustimmen wird.

Eintreten
Rolf Oster, SP, erklärt, dass das Geschäft in der Fraktion behandelt wurde und man sich überlegt hat, was das Einsatz-Fahrzeug für einen Nutzen hat. Bei einem Einsatz ermöglicht es, dass der Feuerwehrkommandant bereits als Erster einen Augenschein vornehmen kann, bevor die Truppe ausrückt. Auch den Firstresponder können sie unterstützen, da Stein am Rhein schweizweit die ältesten Bewohner hat und es deshalb Sinn macht, dass eine Organisation vor Ort ist, die sofort helfen kann.
Fragezeichen hatten sie bei der Finanzierung, die ihnen nicht ganz klar war, vor allem die Umsetzung der Nothelfer-Weiterbildungskosten. Im Moment hat Stein am Rhein das Glück, dass zwei Profis die Feuerwehr leiten. Der Kommandant ist ein Profi Sanitäter und Feuerwehrmann, wenn er aber Stein am Rhein verlässt, entsteht da sicher eine Lücke. Hat sich die Stadt diesbezüglich Gedanken gemacht und wie wird die künftige Ausbildung für die Feuerwehr-Sanitäter finanziert?
Grundsätzlich ist die SP-Fraktion für Eintreten.

Daniel Ochsner, SVP, erklärt, dass die bürgerliche Fraktion das Konzept des Firstresponders eine sehr gute Sache findet. Im schlimmsten Fall kann es in Stein am Rhein bis 30 Minuten dauern, bis man medizinische Hilfe erhält. Der Firstresponder kann diesbezüglich wertvolle Minuten gut machen und Leben retten. Etwas verwundert hat sie, dass dieser Antrag erst jetzt vorgelegt wird, aber dennoch sind sie für Eintreten.

Detailberatung
Seite 3
Rolf Oster verweist auf die Aussage des Stadtrates, dass bereits 90% des Aufwandes gedeckt sind. Dies stimmt heute mit diesen Personen schon, aber wenn er jetzt in das Reglement des Firstresponders geht, dann müsste sich der Stadtrat überlegen, wie er z.B. „.. ein jährliches ein- bis zweitätiges Praktikum beim Rettungsdienst der Spitäler Schaffhausen zu besuchen…“ in der Zukunft finanzieren will. Dies sind Aufgaben, die zur eigentlichen Feuerwehr hinzukommen. Sie finden es positiv, dass man dies macht, aber er möchte darauf hinweisen, dass man keinen gesetzlichen Auftrag hat. Bezüglich Weiterbildung möchte er den Stadtrat auch bitten, zu überlegen, wie es weitergehen soll, wenn Remo Gisler vielleicht einmal Stein am Rhein verlassen wird. Einen Feuerwehrkommandanten findet man ab und zu noch, aber Sein am Rhein hat nicht sehr viele Profis im Sanitätsbereich.

Ernst Böhni erklärt, dass sich der Stadtrat diesbezüglich auch Gedanken gemacht hat. Momentan gibt es sicher 20 ausgebildete Personen, Offiziere und auch jüngere Leute, die dies jederzeit übernehmen könnten. Wie vor 3 Wochen passiert, erhält bei einem Alarm der im Einsatz stehende den Firstresponder-Alarm. Ob er dann auch zum Einsatz

kommt, ist eine andere Frage, aber es ist wichtig, dass er danach in den 6 – 8 Minuten vor Ort ist. Wie auch in der Feuerwehr, sind die Leute sehr schnell vor Ort und ausgebildet, um einen Defibrillator einzusetzen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass auch immer wieder Leute nachausgebildet werden müssen, aber sie waren überrascht, wie viele sich für diese Ausbildung anmeldeten und dafür auch frei genommen haben.
Es stimmt was Rolf Oster gesagt hat, Simona, die Frau von Remo Gisler, und auch Remo Gisler haben diesbezüglich eine Ausbildung. Es war bereits vor seiner Zeit ein grosses Anliegen des Feuerwehr-Kommandanten und seiner Frau, dies in Stein am Rhein einzuführen. Es ist eine gute Sache und wenn auch nur ein Leben gerettet werden kann, hat sich die ganze Sache bezahlt. Er kann versichern, dass seine Feuerwehrleute Fans sind und sehr engagiert.
Er möchte sich nochmals für den Fehler entschuldigen. Es ist kein grosser Betrag aber dennoch nicht in Ordnung.

Jean-Marc Rossi, ÖBS, weist darauf hin, dass die Weiterbildungskurse nicht durch Remo Gisler und seine Frau durchgeführt werden, sondern durch ein Unternehmen aus dem Solothurnischen.

Rolf Oster erklärt, dass es ihm nicht darum geht, wer die Kurse gibt, sondern dass es finanziell getragen wird und eine Langfristigkeit und Nachhaltigkeit hat. Das ist der Punkt, der ihm wichtig erscheint. Deshalb seine Bitte an den Stadtrat zu überprüfen, wie man dies langfristig umsetzen kann.

Keine weiteren Wortmeldungen zum Antrag und zum Konzept.

Beschluss
Der Kredit über Fr. 76‘850 für die Anschaffung eines Ersteinsatzfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr Stein am Rhein Hemishofen sowie die Geräte für die Firstresponder-Gruppe wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an
Sicherheitsreferent
Feuerwehrkommando, Remo Gisler , Köhlerweid 7, 8260 Stein am Rhein
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Ablage

FINANZEN, Stadtkasse, Jahresrechnung 02.25.010

3. Jahresrechnung 2013: Beratung und Genehmigung 3

Beat Hug, Finanzreferent, ist erfreut, dass die Jahresrechnung 2013 deutlich besser abschliesst, als der Voranschlag vorgesehen hat. Der erfreuliche Rechnungsabschluss ist weitgehend auf Minderausgaben beim Bildungswesen und beim Zinsaufwand, sowie Mehreinnahmen bei den Gemeindesteuern zurückzuführen. Bei den Steuern der natürlichen Personen haben insbesondere ausserordentliche Nach- und Strafsteuern, sowie erhöhte Zu- und Abrechnungen für frühere Steuerjahre zu Mehreinnahmen geführt. Bei den Steuern der juristischen Personen ist der erwartete Rückgang glücklicherweise ausgeblieben.

Die Einnahmen ermöglichen ausserordentliche Abschreibungen von zusätzlichen Fr. 0.6 Mio. Damit wird eine Entlastung des Haushalts in den folgenden Jahren erreicht. Ausserdem kann aus dem Ertrag der laufenden Rechnung eine Einlage von Fr. 0.6 Mio. in den Fond „Vor der Brugg“ zur teilweisen Vorfinanzierung der SBB-Unterführung und der Neugestaltung des Bahnhofareals getätigt werden. Der Fonds weist per 31.12.2013 einen Bestand von fast Fr. 1 Mio. auf. Diese Reserve verbessert die Ausgangslage für die spätere Realisierung dieses für die Entwicklung der Gemeinde wichtigen Projektes. Der verbleibende Überschuss von knapp Fr. 123‘000 wurde dem Kapitalkonto gutgeschrieben. Es dient als Reserve zum Ausgleich künftiger Schwankungen des Finanzhaushaltes.

Einen Ausblick in die Zukunft ermöglichen die in der Rechnung ersichtlichen Finanzkennzahlen. Leider ziehen am Finanzhimmel dunkle Wolken auf. Es müssen dringend Massnahmen ergriffen werden, damit über die langfristige finanzielle Zukunft unseres Städtchens positiv berichtet werden kann. Auf Seite 19 der Rechnung ist ersichtlich, dass der Selbstfinanzierungsgrad sowie der Selbstfinanzierungsanteil im Jahr 2013 im negativen Bereich liegen. Dies zeigt, dass wir unsere Investitionen nicht mehr aus den selbst erarbeiteten Mitteln bezahlen können und dass 2013 sogar laufende Ausgaben teilweise mit Fremdkapital finanziert werden mussten. Es stehen auch keine Mittel mehr für Abschreibungen von künftigen Investitionen oder Schuldenabbau zur Verfügung. Die Nettolast wird 2014 wegen der in diesem Jahr getätigten oder geplanten Investitionen nochmals ansteigen. Dies wird auch Auswirkungen auf den Kapitaldienstanteil haben, welcher Ende 2014 auf gegen 10% ansteigen wird. Selbstfinanzierungsanteil ist der Anteil an den gesamten Einnahmen, der zur Finanzierung unserer Investitionen benötigt wird. Der Wert von 10% sollte nicht überschritten werden. Für uns bedeuten all diese Zahlen, dass für nicht geplante Investitionen in Zukunft die Finanzierung die wichtigste Rolle spielen wird.

Doch möchte er auch noch Positives berichten. Die relative Steuerkraft erreicht schon fast wieder den Höchstwert von 2008. Das heisst, dass die durchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit pro Einwohner schon beinahe die Werte vor der Wirtschafts- bzw. Bankenkrise erreicht hat. Mit einer relativen Steuerkraft von Fr. 3‘104 liegen wir im vorderen Viertel der Gemeinden im Kanton Schaffhausen.

Ebenfalls positiv ist der Bestand des Kapitalkontos von Fr. 3.8 Mio., welches uns als Ausgleichsreserve für Schwankungen des Finanzhaushaltes dient. Damit könnten allfällige Steuerausfälle aufgefangen werden. Die gesetzlichen Vorgaben bei der Rechnung wurden alle eingehalten.

Beat Hug möchte sich bei allen bedanken, welche zu diesem guten Rechnungsabschluss beigetragen haben. Allen voran den Steuerzahlern, welche jeweils fristgerecht ihren Verpflichtungen nachkommen. Den städtischen Angestellten für Ihren Einsatz zum Wohle unseres Städtchens und für die Einhaltung der Budgetvorgaben. Der GPK für die gute Zusammenarbeit und die konstruktive Fragenstellung. Dem Zentralverwalter Martin Furger für die sauber geführte und sehr gut kommentierte Rechnung.

Zu guter Letzt bleibt noch der grosse Dank an den Stiftungsrat der Jakob und Emma Windler-Stiftung für das grosse soziale und kulturelle Engagement. Im Jahr 2013 leistete sie erneut wesentliche Beiträge für laufende Aufgaben und Investitionen, welche die Stadt sonst nicht oder nicht im gleichen Umfang erbringen könnte.

Urs Weibel, Präsident GPK, verweist auf den schriftlich abgegebenen Bericht in dem nachgelesen werden kann, dass die GPK die Rechnung zur Abnahme empfiehlt. Auch in diesem Jahr schliesst die Rechnung deutlich besser ab, als budgetiert. Dennoch hat

die GPK wie immer auch einige kritische Punkte anzumerken. Er möchte nicht im Detail darauf eingehen, aber diese kurz erwähnen.

Das eine sind die Nachtragskredite, die immer knapp an der Grenze von unter Fr. 30‘000 waren, darunter auch gebundene Ausgaben.

Nach wie vor bestehen verschiedene pendente Geschäfte, die auch wieder namentlich erwähnt wurden und auf die die GPK seit Jahren hinweist. Einerseits das Arbeitszeit- und Ferienreglement und das Liegenschaften-Unterhaltskonzept, an welchem immer noch gearbeitet wird, der Abschluss aber immer noch aussteht. Andererseits und aus Sicht der GPK das wichtigste Instrument, ist der Finanzplan, der seines Wissens in Erarbeitung ist. Aus Sicht der GPK ist es unabdingbar, dass der Finanzplan zusammen mit dem nächsten Voranschlag präsentiert wird, damit auch wieder etwas in die Zukunft geschaut werden kann. Gleichzeitig erwartet die GPK, dass ein Finanzplan als wichtiges Leitinstrument gewichtet wird.

Nach wie vor sind sie wenig erfreut über die Entwicklung im Wärmeverbund. Einmal mehr mussten sie bemerken, dass, so gut diese Sache auch ist, die finanzielle Situation nicht befriedigend ist. Irgendwann muss man in die Gewinnzone kommen, denn irgendwann muss man dort auch wieder investieren können.

Bei der Investitionsrechnung fallen diverse grosse Verschiebungen auf. Auch das ist etwas, dass die GPK schon im Vorjahr angemerkt hat, nämlich die realistische Planung, was ist effektiv umsetzbar in dieser Budgetperiode.

Ein Dauerthema bleibt der Parkplatzfonds, der sich auch nicht wie erhofft entwickelt.

Ein weiterer Punkt sind die Bauabrechnungen. Diese hat die GPK soweit als möglich überprüft.

Urs Weibel möchte sich im Namen der GPK bei allen Beteiligten bedanken, beim Stadtrat für die konstruktiven Gespräche und bei der Verwaltung für die Unterstützung bei den Detailfragen.

<u>Eintreten</u>

Irene Gruhler Heinzer, SP, hatte wie jedes Jahr termingerecht die Rechnung vor sich liegen. Die GPK hat ihren Bericht abgegeben, diesen haben alle erhalten und dieser wurde durch Urs Weibel soeben nochmals erläutert. Unter dem Vorbehalt des jetzt auch noch genehmigten Kreditantrages ist die SP-Fraktion grossmehrheitlich für Genehmigung der Rechnung und sie sind für Eintreten.

Christian Flück, Pro Stein, verweist auf die vorliegende Rechnung 2013. Wie bereits vom Finanzreferenten und Präsidenten der GPK geäussert, wird die Rechnung 2013 zur Genehmigung empfohlen. Erfreulich ist, dass die laufende Rechnung wiederum mit einem Einnahmenüberschuss von CHF 123‘000.00 für das vergangene Jahr abschliesst. Der erfreuliche Rechnungsabschluss ist weitgehend auf Minderausgaben beim Bildungswesen und beim Zinsaufwand, sowie auf Mehreinnahmen bei den Gemeindesteuern zurückzuführen. Trotzdem wäre es ihm persönlich lieber, wenn die Abschlüsse genauer, das heisst budgettreuer ausfallen würden. Im vorliegenden Fall wurden vor allem die Steuer-Einnahmen eher vorsichtig budgetiert.

Die GPK hat das geprüft, was zum Prüfzeitpunkt im Rathaus vorgelegen ist. In der Vergangenheit wurde schon mehrfach die Überprüfung der Altersheimrechnung durch eine externe Stelle gefordert. Das ist erfolgt, leider aber lagen die Resultate nicht rechtzeitig mit den Rechnungen 2013 der GPK zur Einsicht vor, sodass eine Einsicht in diese externe Überprüfung nicht stattfinden konnte. Im Fokus steht die Überprüfung der Taxordnung. Dabei geht es im Besonderen um die tarifrelevanten Zahlen wie, Pflege-, Betreu-

ungs- und Pensionskosten. Diese Zahlen haben vor allem auf die Taxordnung eine Auswirkung. Die GPK ist gehalten, diesen Rechnungen zukünftig ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auch er möchte sich dem Dank des Finanzreferenten und des Präsidenten der GPK anschliessen. Es wurde eine hervorragende Arbeit geleistet und auch er empfiehlt die Annahme der Rechnung 2013.

Detailberatung
Seite 7
Stephan Brügel, Stadtschreiber, macht auf eine Diskrepanz zwischen Einwohnerstatistik und der Entwicklung aufmerksam. Es handelt sich dabei um einen Übertragungsfehler.

Seite 18
René Schäffeler, FDP, möchte, wie bereits Beat Hug, auf die Verschuldungssituation der Stadt Stein am Rhein hinweisen. In den letzten Jahren wurde die Fremdverschuldung laufend aufgestockt und mit Hinblick auf den Finanzplan ist ein weiterer Anstieg vorauszusehen. Das heisst ganz klar, dass in Zukunft eine Disziplin da sein muss bei der Kreditgenehmigung. Dass Machbares und Wünschbares getrennt werden müssen. Man wird später noch über solche Vorlagen sprechen und er möchte an dieser Stelle bereits den Hinweis darauf machen. Bei dieser Verschuldung ist Stein am Rhein jetzt schon höher als Gemeinden wie Beringen und Thayngen und mit einem weiteren Anstieg würde Stein am Rhein deutlich darüber liegen. Dies heisst für den Einwohnerrat Mass zu halten bei der Genehmigung von Krediten und für den Stadtrat, sich zu beschränken.

Seite 33
Stephan Brügel weist darauf hin, dass bei der definitiven Fassung eine weitere Zeile bei Interpellationen eingefügt wird, diese ist leider untergegangen.

Seite 54, 141 Bau- und Feuerpolizei, 431.00 Gebühren
Peter Spescha, SP, möchte Auskunft, wieso trotz zwei Personen mehr in der Bauverwaltung nicht mehr Baugesuche als im Vorjahr behandelt werden konnten.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, erkennt den Zusammenhang mit den Gebühren nicht, erklärt aber, dass es 100 Stellenprozente mehr sind und es sind Aufgaben, die nicht nur mit den Gebühren zusammenhängen.

Peter Spescha verweist auf Seite 10, dass Baubewilligungen durch externe Firmen behandelt wurden, obwohl 100 Stellenprozente mehr in der Bauverwaltung vorhanden sind.

Markus Oderbolz erklärt, dass dies auch mit dem allgemeinen Aufwand in der Bauverwaltung mit der Umstrukturierung anlässlich der Verwaltungsreform zu tun hat. Es ist allen bekannt, dass der Stadtrat mit der Verwaltungsreform über die Bücher ist, dass die Bauverwaltung auch mit diesen 200% gegenüber vergleichbaren Gemeinden weit hinterher hinkt und dass sowieso nochmals eine Anpassung kommen wird. Es werden innerhalb einer Bauverwaltung auch andere Leistungen erbracht, die sie extern vergeben müssen, sei das mit den Bauherrenvertretern im Tiefbau wie auch im Hochbau.

Seite 78, 570 Altersheim
Claudio Dellagiacoma, FDP, geht davon aus, dass alle Anwesenden wissen, dass Altersheime im Bereich Pflege defizitär sind. Diese Defizite müssen entsprechend ausgewiesen und dann durch die öffentliche Hand gedeckt werden. Er kann in all diesen Seiten nirgends die Ausweisung dieser Zahlen sehen.

Beat Hug, Finanzreferent, verweist auf die Gemeindebeiträge für Pflegeleistungen unter Punkt 462.00 die mit Fr. 576‘579.70 deklariert sind. Das sind die Beiträge, die die Stadt an die ungedeckten Pflegekosten leistet.

Seite 78, 570 Altersheim, 390.05 Abschreibungen
René Schäffeler, FDP, möchte wissen, wieso die Abschreibungen von rund Fr. 10‘000 so tief angesetzt sind. Es sind Investitionen von über Fr. 100‘000 ausgewiesen auf Seite 121 und mit der GPK wurde ursprünglich abgemacht, dass diese Investitionen abgeschrieben werden und in der Rechnung aus rechnungslegerischen Gründen so ausgewiesen werden. Mit Ausweisung der gesetzlichen Abschreibungen wird von der Abmachung mit der GPK abgewichen.

Beat Hug und der Stadtrat möchten eine ausgeglichene Altersheimrechnung und diese hat man mit diesen Abschreibungen erreicht. In früheren Jahren konnte man dank Überschüssen mehr abschreiben als vorgeschrieben, deshalb kann sich die Stadt auch leisten, in einem Jahr auch nur die 10% abzuschreiben.

Seite 78, 570 Alters- und Pflegeheim, 462.00 Gemeindebeiträge für Pflegeleistungen
Claudio Dellagiacoma möchte wissen, ob die Fr. 576‘579.70 genau dem Defizit, das in der Pflege angefallen ist, entsprechen oder ob dies die gesetzlichen Vorgaben sind.

Beat Hug erklärt, dass seien die gesetzlichen Gemeindebeiträge, die geleistet werden.

Claudia Dellagiacoma fragt nach, ob das Defizit in diesem Falle nicht ausgewiesen werde. Der Verband schreibe vor, dass alle Beträge einzeln ausgewiesen werden müssen, auch im Bereich Pflege. Aufgrund der vorliegenden Zahlen sei dies gar nicht ersichtlich.

Beat Hug erläutert, dass in der Gemeinderechnung nur ausgewiesen werden muss, was die Stadt für die Pflegeleistungen bezahlt.

Claudio Dellagiacoma ist der Meinung, die einzelnen Zahlen müssten auch in der Gemeinderechnung ersichtlich sein.

Beat Hug antwortet, dass ausgewiesen wird, was in der Gemeinderechnung stehen muss, dies ist keine Betriebsrechnung des Altersheims.

Christian Flück, Pro Stein, folgert daraus, dass dies heissen kann, dass die Fr. 576‘579.70 nicht der Betrag des Defizits sein müssen.

Beat Hug verweist auf die schlussendlich ausgeglichene Altersheimrechnung.

Seite 98, 860 Wärmeverbund, 380.00 Einlage in Erneuerungsfonds
René Schäffeler hätte gerne gewusst, in welchem Zeitrahmen Massnahmen ergriffen werden, um den Wärmeverbund aus dem Defizit zu bringen.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, erklärt, dass die Bauverwaltung mit ganz verschiedenen Themen stark ausgelastet ist. Die Wärmeverbund-Rechnung ist noch pendent, sie haben sich aber vorgenommen, auf Ende Jahr, evtl. mit Anpassungen der Beiträge, eine Lösung zu präsentieren, wie sie den Wärmeverbund in die richtige Richtung lenken wollen.

Beat Hug hat noch eine kleine Ergänzung zur Kenntnisnahme. Ein Ansatz wird im Finanzplan schon ersichtlich sein und Ziel ist es, dass der Finanzplan vor den Sommerferien steht. Dieser ist wichtig für den ganzen Budgetprozess 2015 und die Vorgaben sind im Finanzplan gemacht, da hat das Bauamt dann auch klare Aufträge und der Stadtrat wird Massnahmen beschliessen, das ist klar.

Seite 111, 024 Verwaltung Tiefbau, Erklärung zu 506.00

Gian Luca Marchetto, SVP, möchte wissen, wieso das Abfallsammelfahrzeug Jahrgang 2007 ersetzt werden musste. Muss man dieses alle 7 Jahre wechseln, ist dieses nicht mehr in Betrieb?

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, erklärt, dass das Alte seinerzeit für Fr. 25‘000 gekauft worden ist. Dieser ist relativ laut und auf den Bsetzi-Steinen hat es diesen total „zusammengeschlagen“. Er hat eine sehr kurze Lebenszeit, weil er jeden Tag von früh morgens bis abends im Einsatz ist. Die Belastung für das immer beladene Fahrzeug ist immens. Jetzt hat man ein Elektrofahrzeug gekauft, das viel ruhiger und schneller läuft und mehr beladen werden kann, aber auch mehr gekostet hat. Das Alte wurde durch den Mitarbeiter nochmals zusammengeschustert und wird jetzt noch durch die Lehrlinge benutzt. Man hat jetzt ein Fahrzeug mehr, das stimmt, aber diese beiden sind eigentlich sehr günstig im Unterhalt und von der Versicherung her. Man fährt jetzt mit zwei Sammelfahrzeug herum, das eine etwas weiter und das Elektrofahrzeug wegen den Abgasen etc. in der Stadt.

Gian Luca Marchetto fragt nach, ob man von einer beschränkten Lebensdauer eines solchen Fahrzeugs sprechen kann.

Ernst Böhni ist sicher, dass das neue Fahrzeuge, das mit grösseren Rädern und einer Federung ausgestattet ist, länger hält. Beim Alten hat aufgrund der Bsetzi-Steine unten alles ausgeschlagen. Aber diese Fahrzeuge sind den ganzen Tag im Einsatz und dies ergibt einfach sehr viele Betriebsstunden.

Seite 121, 570 Alters- und Pflegeheim, 503.02 Kommentar

René Schäffeler geht davon aus, dass es mit Annahme der Altersheimvorlage das letzte Mal ist, dass Duvets, Geschirr etc. in der Investitionsrechnung ausgewiesen werden, wo sie gar nichts zu suchen haben. Wird dies entsprechend geändert?

Beat Hug erklärt, dass man an der Überarbeitung der Tax-Ordnung ist und auch diesbezüglich gewisse Umlagerungen gemacht werden müssen.

René Schäffeler geht davon aus, dass dies dann auch mit der GPK abgestimmt wird, ob dies rechnungslegungstechnisch der richtige Weg ist.

Seite 144, Parkplatzfonds

Für **René Schäffeler** kann es mit dem Parkplatzfonds, der wiederum auf null ist, so nicht weitergehen. Es wird alles Mögliche mit dem Parkplatzfonds abgerechnet. Er möchte dem Stadtrat beliebt machen, zu überlegen, wie Mittel angespart werden können, um mögliche neue Projekte daraus auch finanzieren zu können.

Beat Hug erklärt, dass der Parkplatzfonds die gesetzliche Grundlage ist, dass man überhaupt Parkplatzgebühren verlangen kann. Der Parkplatzfonds ist vor allem da für den Unterhalt der Parkierungsmöglichkeiten, aber auch für den öffentlichen Verkehr und für alle Kosten, die der Tourismus verursacht. Der Stadtrat ist bestrebt, den Steuerzahler nicht mit den Kosten aus dem Tourismus zu belasten, dies wird über den Parkplatzfonds abgerechnet, sowie auch der Unterhalt der Parkierungsmöglichkeiten. Es stellt sich die Frage, ob man den Steuerzahler mit den Kosten aus dem öffentlichen Verkehr belasten will, von dem er ja auch profitiert, dies ist noch offen. Der Stadtrat macht sich da seine Gedanken und wird im Finanzplan aufzeigen, wohin es gehen soll mit dem Parkplatzfonds.

Rückkommen

Claudio Dellagiacoma möchte nochmals auf die Altersheimrechnung zurückkommen. Er wünschte, dass die GPK zukünftig die Betriebsrechnung erhält, bis heute ist dies nicht der Fall. Wenn der Beitrag der Stadt den gesetzlichen Beiträgen entspricht, muss er davon ausgehen, dass das Defizit höher ist und dann gewisse Quersubventionierungen stattfinden und dies ist gemäss der Vorgabe nicht möglich. Wenn man dies wie bis anhin weitermacht, dann hat man nie die Übersicht über die Tax-Ordnung, man weiss nie genau im Bereich Pflege, ob zu viel oder zu wenig Personal dort arbeitet. Dies ist genau der Grund, wieso man diesen Split machen muss. Würde man die Betriebsrechnung einmal sehen, könnte man dies genau analysieren. So wie es jetzt ist, muss er davon ausgehen, dass es nicht gesetzeskonform ist.

Heidi Schilling, Sozialreferentin, möchte sich dazu äussern. Sämtliche Abrechnung sind gesetzeskonform gemacht worden und alles wurde der GPK lückenlos vorgelegt. Die GPK konnte dies detailliert prüfen. Es stimmt auch alles überein mit der Buchhaltung, die Vorschriften wurden eingehalten. In der Jahresrechnung 2013 sind die verrechneten Kostenanteil beim Alters- und Pflegeheim aufgeteilt in Hotellerie und allgemeine Grundleistungen der Pflege im Sinn des KVG und dies ist genau die Darstellung, welche im Kanton Schaffhausen vorgeschrieben ist. Dies entspricht auch dem Finanzhaushaltsgesetz und es ist alles konform, wie es sein muss. Sie stellt einfach fest, dass im Moment auch Vermischungen gemacht werden. Die Tax-Ordnung ist ein Thema und daran wird gearbeitet, es haben diesbezüglich auch schon Sitzungen stattgefunden und ein Arbeitspapier liegt vor. Dies muss aber zuerst noch vertieft geprüft und bereinigt werden. Diese Themen können dann angegangen werden, wenn ein Tarifentscheid des Stadtrates vorliegt. Aber die vorliegende Rechnung 2013 entspricht in allen Punkten den Richtlinien. Da kann man nicht sagen, dass irgendetwas gemauschelt worden ist. Dies mit der Tax-Ordnung zu vermischen, ist nicht der richtige Moment. Sobald der Stadtrat die Verhandlungen abgeschlossen hat, wird die GPK, der Einwohnerrat und auch die Öffentlichkeit informiert werden, wie es weitergeht mit der Taxe.

Rolf Oster möchte darauf hinweisen, dass die Aufgaben bezüglich Bilanz und Betriebsrechnung klar zugewiesen sind. Der Einwohnerrat muss bilanzseitig Einsicht nehmen, die dafür gewählten Personen und die Behörden sind beauftragt, die Betriebsrechnung richtig zu führen. Er denkt, diese Differenzierung sollte beibehalten werden. Er bittet, die Bürokratie nicht aufzublasen mit Dingen, die nicht unbedingt nötig sind.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:
Die Jahresrechnung 2013 wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an
Amt für Justiz und Gemeinden, Mühletalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Finanzreferent
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Mitteilungen aus dem Stadtrat
Ablage

INNERES, Einwohnerrat 03.20.

4. Ärzte-Gemeinschaftspraxis: Beteiligung der Stadt Stein am Rhein an der zu gründenden Aktiengesellschaft „Immobilie Gemeinschaftspraxis“

Heidi Schilling, Sozialreferentin, weist darauf hin, dass sie beim Thema Gemeinschaftspraxis im Stadtrat in den Ausstand tritt.
Sie verlässt für die Zeit der Diskussion den Saal.

Da es sich um ein reines Finanzgeschäft handelt, nimmt Finanzreferent **Beat Hug** dazu Stellung nehmen.

Der Stadtrat ersucht den Einwohnerrat um Zustimmung für die Beteiligung an der zu gründenden Immobilien AG mit einem finanziellen Engagement von maximal Fr. 300‘000.-.

Bereits im Jahr 2008 haben die Steiner Hausärzte ein Grundlagenpapier erarbeitet, worin die Zukunft der hausärztlichen Medizin, sowie ein mögliches Projekt für Stein am Rhein beschrieben ist.

Er zitiert aus diesem Papier:„ Die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung in naher Zukunft bietet Anlass zu grosser Besorgnis. Der absehbare gravierende Hausarztmangel wird in den nächsten 5 – 10 Jahren zu grossen Problemen führen, dies vor allem in ländlichen Gebieten, so auch in Stein am Rhein. Leider sind sich weder die Bevölkerung noch die politischen Behörden über das Ausmass und die katastrophalen Folgen genügend bewusst. Eine Sicherstellung einer guten medizinischen Grundversorgung durch ortsansässige Hausärzte wird daher in absehbarer Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Behörden und damit auch des Stadtrates sein. Erfahrungen im Ausland (z.B. in England) zeigen, dass ein guter Zugang zur medizinischen Versorgung für die Bevölkerung an oberster Stelle der Prioritäten steht und teilweise sogar zur Abwahl von Regierungen geführt hat. Im östlichen Teil von Deutschland werden Hausärzten nebst der zur Verfügungstellung der Infrastruktur zurzeit bereits 100‘000 Euro Starthilfe angeboten. In Zukunft kann eine gesicherte medizinische Grundversorgung zu einem äussert wichtigen Standort-Vorteil werden.

Bereits jetzt zeigen Erfahrungen auch in der Schweiz, dass nur noch Landgemeinden für junge Nachwuchs-Hausärzte und Hausärztinnen in Betracht kommen, welche die notwendige, teure Infrastruktur zu Verfügung stellen (Bsp. Arosa, etc.). Private Lösungen haben bei den jungen Nachwuchsärztinnen aus verschiedenen Gründen keine Chance und keine Akzeptanz mehr. Da die Mehrheit der wenigen jungen Nachfolger weiblich sind, nur noch Teilzeit arbeiten und sich nicht lebenslang finanziell binden wollen, kommen für die Zukunft nur noch Gemeinschaftspraxen, deren Infrastruktur von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, in Frage.

In der Schweiz gibt es ca. 4‘500 Hausärztinnen und Hausärzte, davon sind etwa 3‘000 über 55-jährig und werden in den nächsten 5 - 10 Jahren pensioniert. Diese Zahlen gelten auch für den Kanton SH. Dem gegenüber stehen die Zahlen der erteilten Facharzttitel für Allgemeinmedizin: in den letzten Jahren wurden im Durchschnitt lediglich 127 neue Titel jährlich erteilt, Tendenz massiv sinkend. 2004 waren es noch 50 (anstelle der mindestens notwendigen 300). Das heisst, es gibt pro 5 - 6 pensionierten Hausärzten lediglich einen potentiellen Nachfolger.

Die Situation sieht in Wirklichkeit wegen der Feminisierung der Medizin noch schlimmer aus. Eine Umfrage unter Medizinstudentinnen und Studenten der Uni Basel hat ergeben, dass lediglich 10% Hausärzte werden wollen. Davon sind 2/3 Frauen, die grösstenteils nur Teilzeit arbeiten und nicht aufs Land gehen wollen. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass pro Jahr lediglich 4 – 8 Hausarzt-Vollpensen für die Landbevölkerung der ganzen Deutschschweiz als Nachfolger zur Verfügung stehen werden."

Weiteres Zitat aus dem Bericht der Ärzte an den Stadtrat: „Wir drei ortsansässigen Ärzte haben uns daher seit längerem Gedanken zur Lösung dieser Problematik gemacht. Wir haben daher im Grundsatz beschlossen, unsere Einzelpraxen zu einer Gemeinschaftspraxis in einem Ärztehaus als Ärztezentrum Stein am Rhein zusammenzulegen, um so Hand zu bieten für allfällige Nachfolgelösungen. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Gemeinde sich beteiligt und die notwendigen Investitionen für Infrastruktur übernimmt und dann vermietet. Im Folgenden unterbreiten wir einen konkreten Vorschlag zur Realisierung eines in unseren Augen optimalen, relativ kostengünstigen und mit geringem Aufwand umsetzbaren Projektes.

Bei der Standortwahl für eine zukünftige Gemeinschaftspraxis sind viele Faktoren zu berücksichtigen. Auch wir Steiner Ärzte haben uns schon seit längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt und mehrere Objekte geprüft (die bisherigen 3 Standorte der bestehenden Praxen, Altersheim, Herfeld, Rito Areal, Bahnhof, ehem. Massstabfabrik, Liegenschaft Friedheim und benachbarte Liegenschaften, etc.). Nach eingehender Prüfung der verschiedenen Vor- und Nachteile, der Machbarkeit, der möglichst einfachen und kostengünstigen Umsetzung etc., sind wir dabei zum Schluss gelangt, dass die von uns vorgeschlagene Lösung „Ärztezentrum Schanz" eine optimale und kostengünstige Variante ist, da der Standort am idealsten ist, die Rahmenbedingungen optimal und zudem auf eine vollständige, neuwertige und bereits vorhandene Infrastruktur abgestützt werden kann." Zitat Ende.

Das von den Ärzten vorgeschlagene Projekt geht von einer 3-er Gemeinschaftspraxis aus und beinhaltet 19 Räume, viele Parkplätze, eine gute Erreichbarkeit für ältere Patienten und Gehbehinderte, sowie die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr für die Patienten von Vor der Brugg (ab Bahnhof) und die Bewohner des oberen Kantonsteils.

Im Grundlagenpapier der Steiner Ärzte ist ebenfalls ersichtlich, welche Aufgaben auf die Stadt Stein am Rhein zukommen, falls die Wichtigkeit der ärztlichen Grundversorgung für unsere Stadt erkannt wird. Beat Hug zitiert nochmals daraus:

„Wie aus allen erwähnten Erwägungen hervorgeht, muss die Stadt Stein am Rhein dringend die Initiative zur Sicherstellung der zukünftigen medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung ergreifen. Dies geschieht am besten in enger Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Ärzten. Diese sind bereit, zum Wohle der Bevölkerung und zur Sicherstellung der schwierigen Nachfolgeregelung ihren Beitrag zu leisten und als Vorleistung den organisatorisch aufwändigen Prozess einer Zusammenlegung der bisher bestehenden drei Einzelpraxen vorzunehmen. Nur so und gemeinsam können attraktive Rahmenbedingungen für potentielle, aber äusserst rare Nachfolger/innen angeboten werden.

Konkret muss die Stadt Stein am Rhein unserer Ansicht nach folgende Schritte unternehmen:

1. Grundsatzentscheid für die Bereitstellung der Infrastruktur für ein Ärztezentrum.

2. Kontaktaufnahme mit der Eigentümerin Liegenschaft Chlini Schanz 40, Frau Egloff, und Abklärung der Möglichkeit einer Beanspruchung dieser Liegenschaft für ein Ärztezentrum.
3. Projektausarbeitung und vertragliche Vereinbarung zusammen mit den ortsansässigen Ärzten.
4. Kontaktaufnahme mit den Stockwerk-Eigentümern Chlini Schanz 42.

Da die Umsetzung eines solchen Projektes doch einige Zeit in Anspruch nimmt, die drängende Nachfolgefrage und Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung aber dringlich ist, muss unverzüglich mit den Vorarbeiten für das Projekt begonnen werden.“ Zitat Ende.

Beat Hug möchte sich an dieser Stelle im Namen des Stadtrates bei den zwei verbliebenen Ärzten Dr. Dieterle und Dr. Schilling herzlich für die grosse Unterstützung und Geduld bedanken.

Die Aussagen unserer Hausärzte haben sich bewahrheitet und sind mittlerweile auch in der Bundespolitik angekommen (Volksinitiative Ja zur Hausarztmedizin wurde mit 88% Ja-Stimmenanteil vom Schweizer Volk sehr deutlich angenommen). Ebenfalls hat sich unser Schaffhauser Ständeratspräsident Hannes Germann an einer Tagung des schweizerischen Gemeindepräsidentenverbandes zu diesem Thema geäussert. Er wird in der Vorlage des Stadtrates zitiert.

Der Stadtrat ist sich der grossen Wichtigkeit der medizinischen Grundversorgung vor Ort bewusst. Der Betrieb eines Ärztezentrums kam aber nie in Frage, da die Kompetenzen und die notwendigen Beziehungen für eine solche Aufgabe fehlen.

Wir suchten nach einer praktikablen Lösung, nachdem sich keine Investoren für die Umsetzung interessierten. Dank den Beziehungen unserer Ärzte konnte der Kontakt mit der Ärztekasse und später, auf Anregung der Gesundheitsdirektion, mit den Spitälern Schaffhausen geknüpft werden. Uns war relativ schnell klar geworden, dass wir mit diesen zwei kompetenten, gut vernetzten und zuverlässigen Partnern ein Projekt auf die Beine stellen können. Wir können somit auf die Erfahrung der Ärztekasse zählen, welche schon sieben solche Gesundheitszentren betreibt.

Folgende Vorgehensweise wurde festgelegt:
- Die drei Partner gründen eine Immobilien AG und beteiligen sich zu gleichen Teilen.
- Die Ärztekasse mietet die Räumlichkeiten langfristig (fester Mietvertrag über die Dauer von 10 - 15 Jahren) und übernimmt die notwendigen Ausbauarbeiten (rund Fr. 2 Mio.).
- Der Betrieb des Ärztezentrums wird durch eine von der Ärztekasse zu gründende Betriebs AG übernommen.

Damit nun die nächsten Schritte vollzogen werden können, bittet der Stadtrat um die Genehmigung einer Beteiligung an der Immobilien AG mit einem finanziellen Engagement von maximal Fr. 300‘000.-.

Bei Zustimmung durch den Einwohnerrat könnte diese Immobilien AG gegründet werden und nachher die notwendigen Kaufverhandlungen aufnehmen. Ebenfalls muss sehr rasch eine detaillierte Planung des Anbaus an die Hand genommen werden, damit die genauen Kosten ermittelt werden können, welche als Grundlage für den Mietvertrag benötigt werden.

Da die Beteiligung des Kantons und der Stadt als eine werthaltige finanzielle Beteiligung mit kostendeckender Verzinsung des eingesetzten Kapitals angesehen wird, müssen sämtliche Investitionen vor einem Kauf der Liegenschaft bekannt sein und eine Ab-

sichtserklärung für die Miete der Liegenschaft durch die Ärztekasse vorliegen. Der Mietzins und die Mietdauer sind Bestandteil dieser Absichtserklärung.

Der Stadtrat bittet um Zustimmung zu diesem finanziellen Engagement mit dem auch die Wichtigkeit der medizinischen Grundversorgung in unserer Stadt manifestiert wird.

Eintreten

Irene Gruhler Heinzer, SP, erklärt, dass in der SP- Fraktion dieser Antrag ausführlich besprochen wurde. Ihnen ist selbstverständlich auch bekannt, was diesbezüglich in der Bevölkerung diskutiert wurde. Wie der Finanzreferent bereits ausgeführt hat, werden die Hausärzte immer mehr zur Mangelware. Auf dem Lande wie auch in der Stadt. Viele Gemeinden, vor allem in ländlichen Gebieten, kämpfen darum, ihrer Bevölkerung eine medizinische Grundversorgung bieten zu können. So hat Grindelwald vor kurzem für eine Bevölkerung von etwas mehr als 4‘000 Einwohner und Einwohnerinnen über Fr. 5 Mio. für das Ärztezentrum bewilligt. Ebenso beteiligte sich die Gemeinde Marthalen am Ärztezentrum mit der Immobilie dieses Gesundheitsprojektes. Stein am Rhein ist also nicht alleine mit einem solchen Projekt, bei dem die Stadt eingreift bzw. unterstützt, damit etwas entstehen kann. Jede und jeder von uns ist sicher bereits mehrere Male froh gewesen, dass wir bis jetzt in Stein am Rhein eine gute Grundversorgung und genügend Ärzte zur Verfügung haben. Das war bis jetzt auch ein wichtiger Standortvorteil.

Im Frühling 2012 wurde der Stadtrat aufgefordert, bezüglich ärztlicher Grundversorgung aktiv zu werden. Es wurde eine Standortprüfung gemacht und man ist in Absprache mit den beteiligten Ärzten zum jetzigen Standort gekommen. Die Ärztekasse, Spitäler Schaffhausen und die Stadt Stein am Rhein übernehmen die Immobilie zu je einem Drittel. Die Ärztekasse sieht es nicht als ihre Kernkompetenz, Immobilien zu kaufen und ist deshalb froh, dass sich die anderen Partner zu einem Drittel beteiligen. Wir haben noch eine andere Ärztepraxis, die von den Spitälern Thurgauer übernommen worden ist. Diese haben die Immobilie, den Patientenstamm und Betrieb übernommen. Diese Firma wird marktwirtschaftlich entscheiden. Es könnte sein, dass entschieden wird, dass am Standort Stein nicht mehr geröntgt wird, dann muss man an den vorgeschlagenen Standort reisen.

Die SP-Fraktion bittet den Einwohnerrat zu bedenken, dass heute Abend vor allem die ärztliche Grundversorgung auf dem Spiel steht und somit die Lebensqualität und das Wohl der Steiner Bevölkerung. Sie befürchten einen grossen Scherbenhaufen, sollte das Projekt scheitern. Sie sind für Eintreten.

Christian Flück, Pro Stein, bewertet die Bereitschaft zum Engagement für eine gesicherte ärztliche Grundversorgung in Stein grundsätzlich positiv. Das wird auch von den Bürgerlichen grundsätzlich so gewertet. Sie sind sich der ärztlichen Grundversorgung für Stein am Rhein bewusst. Es ist wichtig, dass Stein auf 1‘000 Einwohner mindestens einen Allgemeinpraktiker/in hat. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Es gibt aber auch Bedenken ihrerseits. Mit Eingriffen der Stadt in ein privatwirtschaftlich funktionierendes System sollte aus ihrer Sicht sehr vorsichtig agiert werden und eine finanzielle Beteiligung der Stadt an einem privatwirtschaftlichen Betrieb ist generell heikel.

Der bürgerlichen Fraktion ist bewusst, dass die Stadt mit einer Beteiligung in einer Immobilien AG nur die Rahmenbedingungen für den Betrieb eines Ärztezentrums unterstützt. Diese Rahmenbedingung kostet die Stadt mindestens Fr. 300‘000.

Gestern hat er vom Finanzreferenten Beat Hug die Zusicherung zur Kenntnis genommen, dass nur städtisches Geld fliessen wird, wenn alle Details klar und mit Vorverträ-

gen abgesichert sind. Das heisst für ihn, dass bevor Aktienkapital gezeichnet wird, die finanzielle Sicherheit des Vorhabens sowohl für die Verzinsung des Aktien- und Fremdkapitals, als auch für die Amortisation der Hypothekarschuld nachgewiesen werden muss. Zum Grundsatz gehören für ihn auch marktübliche Verzinsungen, die Immobilien AG muss wirtschaftlich funktionieren können. Ein unterschriebener Mietvorvertrag, die Rede war von mindestens 10 Jahren, muss dann auch vorliegen. Wenn das alles erledigt ist, wird die GPK eine Prüfung – allenfalls noch extern unterstützt - vornehmen.

Beat Hug möchte sich nochmals kurz äussern. Die Immobilien AG muss natürlich gegründet werden, damit die Stadt überhaupt handlungsfähig ist und in die Verhandlungen mit den Partnern eintreten kann. Das Minimum von Aktienkapital muss gezeichnet werden, damit diese Gründung überhaupt von statten geht. Die Stadt wird keine Verhandlungen führen, sondern dies ist die Immobilien AG.

Detailberatung
Seite 6

René Schäffeler, FDP, möchte zu dieser Vorlage auch noch einige Ausführungen machen. Wie der Vorredner bereits erwähnt hat, anerkennen sie die Bemühungen des Stadtrates zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung in der Region. Das in der Vorlage zitierte Gesundheitsgesetz, dass im 2012 neu verfasst worden ist, ermöglicht es den Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen, eine bedarfsgerechte Unterstützung von ambulanten medizinischen Einrichtungen.

Die Beteiligung an einer Immobiliengesellschaft, welche die entsprechenden Räumlichkeiten für die Gemeinschaftspraxis zur Verfügung stellen soll, ist jedoch ordnungspolitisch heikel. Sie kann zu einer Wettbewerbsverzerrung und einer unzulässigen Subventionierung führen. Auch der Regierungsrat weist ausdrücklich darauf hin, dass die Beteiligung kein Subventionscharakter haben darf. Die Stadt kann hier als Minderheitsaktionär in heikle Situationen kommen. Aus diesem Grunde ist es zentral, dass die Eckpunkte des Projektes und die Spielregeln zwischen den beteiligten Parteien klar definiert und festgehalten werden. Insbesondere muss die finanzielle Beteiligung sowohl in der ersten Phase als auch in einer möglichen Ausbauphase unter Einbezug der Liegenschaft Egloff und die Sicherstellung der marktgerechten Verzinsung des eingesetzten Kapitals eindeutig geregelt werden. Auch muss die notwendige Transparenz zur Bewertung einzubringenden Sachanlagen geschaffen werden. Das betrifft einerseits die Stadt, aber auch die Arztpraxis, die eingebracht wird.

Diese wichtigen Elemente decken die vorliegende Vorlage (und die diesbezügliche Aktenauflage) leider nicht in ausreichendem Masse ab. Zu vieles ist noch unklar oder zumindest nirgendwo schriftlich geregelt.

Für die bürgerliche Fraktion sind schriftliche Absichtserklärungen der beiden Partner Ärztekasse und Spitäler Schaffhausen mit klaren Aussagen zur Ausgestaltung der Lösung zentral, diese liegen nach wie vor nicht vor. Von der Ärztekasse konnte nur ein sehr allgemeines Schreiben aus Februar 2013 eingesehen werden und dies ist keine Absichtserklärung. Im zur Verfügung gestellten Schreiben der Spitäler Schaffhausen wird darauf hingewiesen, dass noch keine Absichtserklärung unterzeichnet werden kann, da noch viele Fragen (zum Grundstückskauf, Mietvertrag, zur Erweiterung, zum Zeitplan usw.) unklar sind. Das sind die vorliegenden Unterlagen.

Er möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es nicht sein kann, dass an und für sich gute Vorlagen, Themen, die wichtig sind für die Bevölkerung, auf einer solchen Basis in den Einwohnerrat kommen. Es müssen Entscheidungen getroffen werden und dafür

müssen klare Grundlagen vorhanden sein. Es kann nicht einfach die Katze im Sack gekauft werden.

Weiter ist nicht klar, wie die marktgerechte Verzinsung des Kapitals sichergestellt werden soll. Die Stadt beteiligt sich an einer Aktiengesellschaft zu einem Drittel, ohne das entsprechende Regelungen getroffen werden. Rückflüsse an die Aktionäre liegen im Ermessen der Aktionäre (und hier ist die Stadt in einer Minderheitsposition und kann die entsprechenden Rückflüsse somit nicht steuern).

Aus diesen Gründen können sie dieser Vorlage nur zustimmen, wenn dem Stadtrat ganz klare Auflagen gemacht werden:

Auflagen

Der Einwohnerrat stimmt dem finanziellen Engagement von maximal Fr. 300‘000 mit folgenden Auflagen zu:

1. Die einzubringenden Sachanlagen sind marktüblich zu bewerten.
2. Die Wirtschaftlichkeit des einzusetzenden Kapitals ist nachzuweisen.
3. Die Sicherung der Interessen der Stadt ist angemessen zu regeln.

Die Erfüllung dieser Auflagen ist der GPK nachzuweisen, bevor ein finanzielles Engagement eingegangen wird.

Er sieht dies anders als Beat Hug, dies muss ganz klar geklärt werden, bevor die Fr. 300‘000 fliessen. Niemand gründet eine AG und fängt danach an, solche wichtige Eckpunkt zu verhandeln und zu klären. Er möchte den Einwohnerräten ans Herz legen, dass wenn sie diese Vorlage annehmen, sie dem Stadtrat diese Auflagen mitgeben. Er geht davon aus, dass man diese Auflagen bei der Abstimmung miteinbringen kann.

Beat Hug möchte sich den Aussagen von René Schäffeler bezüglich der ordnungspolitischen Punkte äussern. Der Kanton Schaffhausen, der ebenfalls Partner in dieser AG ist, befindet sich in der genau gleichen Situation wie Stein am Rhein. Denn die Spitäler Schaffhausen sind eine öffentlich rechtliche Anstalt, die dem ganzen politischen Prozess untersteht, sie sind nicht eine AG wie die Spitäler Thurgau. Bezüglich der Beteiligung ist die Stadt zwar nur mit einem Drittel beteiligt, aber mit den Spitälern hat man zwei Drittel und somit eine Mehrheit an der AG. Betreffend Marktwirtschaftlichkeit müssen sie sich durchsetzen und das sind sie sich bewusst. Es kann keine Quersubventionierung stattfinden. Diese Auflagen haben auch die Spitäler Schaffhausen und dies ist in den Unterlagen schriftlich erwähnt. Der Regierungsrat muss schlussendlich das OK geben zum finanziellen Engagement der Spitäler Schaffhausen.

Wenn **Rolf Oster, SP,** den vorliegenden Antrag und die drei Auflagepunkte durchliest, versteht er, dass normalerweise in einer AG die grundlegenden Punkte abgeklärt sind. Schlussendlich ist es eine Sicherung der gesundheitlichen Grundversorgung und die Situation, dass sich der Kanton oder eine Gemeinde an einer AG beteiligt, gibt es ab und zu. Auch im Zusammenhang mit der Energiesicherung gibt es ganz viele verschiedene solcher Konstrukte. Er versteht eigentlich, dass der Stadtrat den ersten Schritt macht, denn der erste Schritt muss bei der Gemeinde sein und nicht beim Kanton, das ist in Schaffhausen so geregelt. Man darf den Kanton Thurgau einfach nicht mit dem Kanton Schaffhausen vergleichen. Der Anspruch, den der Kanton Thurgau hat, geht nicht über die Kantonsgrenze aus. Deshalb versteht er, dass sich die Stadt hier auch engagiert. Aus seiner Sicht braucht es diese Anträge nicht.

René Schäffler möchte darauf hinweisen, dass der Einwohnerrat eine Oberaufsichtspflicht hat. Und wenn sie eine Vorlage erhalten, wo alle diese Punkte zwar teilweise be-

schrieben, aber keinerlei Dokumente einsehbar sind, wo dies klar ist, so findet er es eine einwohnerrätliche Pflicht, Vorgaben zu geben. Wenn die Vorlage in dieser Form an den Verwaltungsrat bei seinem Arbeitgeber käme, würde ihm diese um die Ohren gehauen und klare Auflagen gegeben, was abgeklärt werden muss. Er findet, es ist das Minimum, bei einer Zustimmung zu verlangen, dass der Stadtrat diese Auflagen erfüllt.

Beat Hug erklärt, dass der Stadtrat überhaupt keine Probleme damit hat, wenn diese Vertragsentwürfe stehen, diese an die GPK weiterzugeben. Selbstverständlich soll die GPK diese überprüfen und eine Rückmeldung machen. Dies gehört zu diesem gesamten Prozess. Auch die Spitäler Schaffhausen müssen diese Statuten intern zur Prüfung weitergeben.

Arthur Cantieni, Einwohnerratspräsident, hat eine Frage zur Klärung und zwar, zu welchem Zeitpunkt das Geld fliesst.

Beat Hug informiert, dass das Geld bei Gründung der AG fällig ist. Aber nicht die Fr. 300‘000 sondern das Aktienkapital, das zur Hinterlegung bei Gründung einer Aktiengesellschaft benötigt wird.

Arthur Cantieni fragt nach, ob zu diesem Zeitpunkt die GPK diese Verträge überprüft hat.

Beat Hug kann bestätigten, dass die Statuten der AG genehmigt werden müssen und dann kann man die Gründung der AG anmelden.

René Schäffler möchte darauf hinweisen, dass es an dieser Stelle nicht um die Statuten der AG geht, dies ist nur ein Element. Wichtig für die Stadt ist, wie die Mietkonditionen ausgestaltet sind, welches finanzielle Engagement dahintersteht.

Beat Hug meint, er habe dies ja bereits erwähnt. Es ist danach Sache dieser AG nach der Gründung, diese Verhandlungen zu führen. Mit Dr. Schilling über die Einbringung der Praxis, wofür zwei Schätzungen vorliegen. Hier musste Vorarbeit geleistet werden, da die Zeit drängt. Anschliessend wird man mit den Architekten und Planern zusammensitzen müssen und genauere Detailzahlen erarbeiten, damit eine Mietzinsberechnung gemacht werden kann. Danach wird es einen Vertragsentwurf geben für die Miete und dieser kann der GPK vorgelegt werden.

Claudio Dellagiacoma, FDP, bezieht sich auf die frühere Aussage bezüglich Form dieser Vorlage und auf Rolf Oster, der ausgesagt hat, die Sicherstellung der gesundheitlichen Grundversorgung stehe im Mittelpunkt. Er möchte zu bedenken geben, dass mit dieser Vorlage überhaupt nicht ersichtlich ist, wie die gesundheitliche Grundversorgung nachher aussehen wird. Es ist nichts bekannt über die Anzahl Personen, die angestellt werden, über die Notfall-Leistung, die erbracht wird etc. Das Thema an und für sich ist gut und er begrüsst dieses auch. Aber wenn er in den Verwaltungsrat mit dem Vorschlag einer neuen Gruppenpraxis geht und es keine Details über ein Betriebskonzept gibt, würde er nie die Erlaubnis erhalten, so etwas auszuführen. Für zukünftige Vorlagen wäre es schön, wenn z.B. die Ärztekasse angefragt worden wäre, wie dies aussieht. Die Einwohnerräte gehen nachher in die Bevölkerung und müssen sagen, es gibt eine Gesundheitspraxis, wie diese dann aber aussieht, wissen wir nicht. Die Rahmenbedingungen müssen festgelegt werden, sonst haben die Räte schlussendlich auch eine unsaubere Grundlage, um ihre Entscheidung zu treffen. Es ist die Pflicht, gewisse Punkte zu wissen und eigentlich auch ein normaler Prozess, dass diese in einer solchen Vorlage vorhanden sind.

Beat Hug informiert, dass die Praxis Dr. Schilling durch die Betriebs-AG übernommen und weitergeführt wird. Es wird ein Anbau gemacht, denn dieser ist nötig, damit Dr.

Dieterle seine Praxis in die Gemeinschaftspraxis integrieren kann. Dies ist der Grundstock, mit dem die Gemeinschaftspraxis beginnt, mit diesen 200%. Alles andere wird sich nach dem Bedarf ergeben. Es ist ja auch nicht klar, ob Dr. Lang seine Praxis noch weiter ausbaut. Ziel ist es bei der Ärztekasse wie in allen sieben Zentren, die sie betreiben, weitere Spezialisten in die Gruppenpraxis zu holen, um die Attraktivität zu steigern. Vielfach ist dies eine Gynäkologin oder ähnlich. Sie arbeiten gerne mit Ernährungswissenschaftlern zusammen, da auch das relativ häufig benötigt wird und nahe beim Arzt ist oder auch mit einer Hebamme. Alles was mit Gesundheit zu tun hat, wird in dieser Gemeinschaftspraxis vereint. Aber wie viele Stellen schlussendlich vorhanden sind, wird der Bedarf zeigen. Erstes Ziel ist es, die Praxen Schilling und Dieterle zusammenzuführen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmung über Antrag bürgerliche Fraktion:
Dem Antrag der bürgerlichen Fraktion:

Der Einwohnerrat stimmt dem finanziellen Engagement von maximal Fr. 300‘000 mit folgenden Auflagen zu:

1. Die einzubringenden Sachanlagen sind marktüblich zu bewerten.
2. Die Wirtschaftlichkeit des einzusetzenden Kapitals ist nachzuweisen.
3. Die Sicherung der Interessen der Stadt ist angemessen zu regeln.

Die Erfüllung dieser Auflagen ist der GPK nachzuweisen, bevor ein finanzielles Engagement eingegangen wird.

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Beschluss:
Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag der Stadt, sich an der zu gründenden Immobilien Aktiengesellschaft, welche die Gebäude für den Betrieb einer Gemeinschaftspraxis erstellt und verwaltet, mit einem finanziellen Engagement von maximal Fr. 300’00 zu beteiligen, mit obiger Auflage einstimmig zu.

Mitteilung an
Spitäler Schaffhausen, Herr Dr. Hanspeter Meister, Geissbergstrasse 81, 8208 Schaffhausen
Ärztekasse Genossenschaft, Ulrich Riesen, Steinackerstrasse 35, 8902 Urdorf
Gerhard Schilling, Chlini Schanz 42, 8260 Stein am Rhein
Andreas Dieterle, Obergass 23, 8260 Stein am Rhein
Hanna Egloff, Chlini Schanz 40, 8260 Stein am Rhein
Erika und Rudolf Hafner, Chlini Schanz 42, 8260 Stein am Rhein
Finanzreferent
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Ablage

Heidi Schilling kehrt in den Saal zurück und nimmt an den Verhandlungen wieder teil

VERKEHR, Bus, Bahnhof **09.05.000**

5. Aufwertung Bahnhof SBB und Bushof – Hindernisfreier Zugang zu Bahn und Bus: Kreditantrag über Fr. 4.77 Mio.

Markus Oderbolz, Bau – und Werkreferent, freut sich, im Namen des Stadtrates den Kreditantrag über Fr. 4.77 Mio. unterbreiten zu können. Der Stadtrat konnte sich anlässlich einer Begehung zusammen mit den Fachplanern und auch den politischen Vertretern der Parteien im Juni bereits eingehend über diese Projekt informieren. Unterlagen wurden in verschiedener Form abgegeben und sind auch heute Abend an der Wand gross einsehbar. Er möchte nicht detailliert auf die Vorlage eingehen, sondern auf die wesentlichen Punkte.

Durch diese Massnahmen sollen folgende Projektziele erreicht werden:
Sicherstellung von hindernisfreien, komfortablen Bahnzugängen (Rampen), Verbesserung der Umsteigebedingungen durch den Ersatz der bestehenden Personenunterführung, Integration eines neuen WC-Gebäudes, optimale Anbindung mit hindernisfreiem Zugang zu den neuen Bushaltestellen. Wichtig ist auch die Verbindung von Nord und Süd des Bahnhofs für Fussgänger als auch für Velofahrer. Im Bereich der Bahnüberführung beim Areal Eggli herrschen diesbezüglich sicher nicht die optimalsten Bedingungen. Für wartende Bus-Passagiere soll ein gedeckter Wartebereich entstehen. Durch die Änderung mit dem Zug von Winterthur sind die Veloabstellplätze nicht mehr am richtigen Ort und auch das wird angepasst werden. Dies sind die wichtigsten Projektziele, die in den Unterlagen auch aufgeführt sind.

Ein ganz wichtiger Punkt ist der zeitliche Termin. Die Arbeit an dieser Vorlage dauerte schon relativ lange und dank der guten Zusammenarbeit mit der SBB ist es überhaupt möglich, dass heute Abend diese Vorlage präsentiert werden kann. Die SBB hat mittlerweile ganz andere Aufgaben, dies wurde an der Informationsveranstaltung bereits ausgeführt. Stein am Rhein kann von Glück sprechen, dass der Stadtrat heute überhaupt in der Lage ist, ein solches Projekt zu präsentieren. Im April war noch nicht sicher, ob das Projekt in Stein am Rhein umgesetzt werden soll und im Mittelfrist-Programm der SBB verbleiben kann.

Das Projekt ist nicht ganz günstig. So eine bauliche Massnahme im Bereich eines Bahnhofes mit Unterführung und Schnittstellen zum laufenden Betrieb kostet einiges an Geld. Das SBB-Projekt, das von der SBB und den SBB-Ingenieuren ausgearbeitet wurde, sieht Kosten von Fr. 6.7 Mio. vor. Der Anteil, den die Stadt selber finanziert im Zusammenhang mit der hindernisfreien Erschliessung des Bushofes und den Anpassungen von Veloplätzen etc. beträgt Fr. 770‘000. Im Weiteren wurde auch die Aufwertung der Bahnhofvorplätze nördlich und südlich der Gleise geprüft und diese Kosten belaufen sich auf Fr. 500‘000.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass sehr viel Geld investiert wird und schlägt deshalb auch vor, dass das Projekt der SBB-Unterführung und der hindernisfreie Zugang Busplatz zur Genehmigung vorgelegt werden.

Ein wichtiger Punkt zum Thema Finanzierung, für diejenigen, die nicht an der Orientierung waren. Mittlerweile ist die Zusage der Jakob und Emma Windler-Stiftung eingegangen, dass statt der erwähnten Fr. 500'000 nochmals Fr. 500‘000 zugesprochen werden, d.h. gesamthaft Fr. 1 Mio.. Das sei hier ganz herzlich verdankt und auch, dass sich die Stiftungsräte die Zeit genommen haben, das Projekt mit dem Stadtrat anzuschauen.

Wenn dem Antrag des Stadtrates zugestimmt wird, geht es um Nettokosten von Fr. 2.82 Mio.. Gerne ist der Stadtrat bereit, auf detaillierte Fragen nochmals Auskunft zu geben.

Wichtig ist der terminliche Aspekt. Die Stadt muss der SBB signalisieren, dass sie den Kredit sprechen und das Projekt unterstützen. Das Projektgenehmigungsverfahren der SBB startet Ende dieses Jahres und dauert ein Jahr. Die Ausführung wird nicht vor 2016 beginnen und hoffentlich bis Mitte 2017 abgeschlossen sein.

René Schäffler, FDP, informiert, dass das vorliegende Projekt der einwohnerrätlichen Kommission zur Stellungnahme zugewiesen wurde und diese hat sich an der letzten Sitzung mit dieser Vorlage ausführlich beschäftigt. Sie begrüssen das Vorgehen des Stadtrates und die Gliederung in die drei Teile SBB-Projekt von Fr. 4 Mio., Erschliessung Busbahnhof von Fr. 770‘000 und als Zusatz die beiden Vorplätze mit Fr. 500‘000. Die Kommission empfiehlt, den Teil der SBB-Unterführung sowie die Erschliessung Busbahnhof anzunehmen, möchte aber keine Stellung nehmen zum Thema Bahnhofvorplätze. Da wird die Diskussion Mehrkosten gegen Verschönerung der Vorplätze geführt werden.

Die Kommission weist darauf hin, dass mit dieser Vorlage alle Mittel aus dem Verschönerungsfonds Vor der Brugg aufgebraucht sind. Damit ist das Projekt Verschönerung Vor der Brugg, welches seinerzeit durch die Bevölkerung gesprochen wurde, abgeschlossen. Dies ist aus Sicht der Kommission auch sinnvoll, man kann dieses Thema auch nicht über Jahrzehnte vor sich hinschieben. Das heisst aber auch, dass weitere Anliegen separat behandelt werden müssen und nicht mehr unter diesem Kredit laufen. Soweit die Stellungnahme der Fachkommission.

<u>Eintreten</u>
Cornelia Dean, SP, hat eine Frage zur Variantenabstimmung und dem Betrag des zu bewilligenden Kredites.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erläutert das weitere Vorgehen. Danach wird die Sitzung mit dem Eintreten SP-Fraktion fortgeführt.

Cornelia Dean erinnert an die Volksabstimmung 2010, in der deutlich die Volksinitiative „Vor der Brugg“ angenommen wurde. Umsetzungsmassnahmen sind bereits erfolgt. Die Planung im Bereich Vor der Brugg beinhaltet die Rheinufergestaltung Bruggsteg und das Bahnhofareal. Das Herzstück dieser Volksinitiative ist ganz klar die Aufwertung des Bahnhofareals und in der Zusammenarbeit mit den Landbesitzern und der SBB hat man in den vergangenen vier Jahren intensiv an der Entwicklung dieses Projektes gearbeitet. Wichtige Argumente für dieses Projekt sind bereits schon gefallen und an der Info-Veranstaltung vor Ort wurde den Anwesenden viel erklärt.

Sie als Vorderbrügglerin und Südbewohnerin kann dem Antrag nur zustimmen. Die jetzige Situation ist für die Südbewohner sehr ungünstig, gehbehinderte Personen haben es sehr schwierig, um auf die andere Seite zu gelangen. Es ist im Allgemeinen eine sehr unbefriedigende Situation. Eine Verbesserung ist aus ihrer Sicht zwingend. Der Bahnhof ist eine Visitenkarte für Stein am Rhein. Für die ankommenden Gäste ist er der erste Eindruck, den man hat. Stein am Rhein ist so ein schönes Städtchen und es wäre toll, wenn es beim ersten Eindruck auch so wäre. Es ist eine einmalige Chance für Stein am Rhein, dank dem Entgegenkommen der SBB. Ohne Mitfinanzierung der SBB könnte dies in den nächsten 15 – 20 Jahren nicht in Angriff genommen werden. Die Netto-Finanzierung wäre bei der kleineren Varianten Fr. 2.8 Mio., die grössere Variante mit den Bahnhofvorplätzen Fr. 3.32 Mio..

Bezüglich des Kredits der Volksabstimmung hätte sie noch einen Vorschlag. Es wurde seinerzeit ein Kreditbetrag von Fr. 600‘000 gesprochen, wovon bereits Fr. 250‘000 in die Planung geflossen sind. Von den restlichen Fr. 350‘000 könnte man ev. noch als Anschubfinanzierung für das Rheinuferprojekt Fr. 50‘000 stehen lassen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und sie als Vorderbrügglerin sowieso.

Werner Käser, FDP, erklärt, dass mit dem vorliegenden Kreditantrag über Fr. 4.77 Mio. ein grosses Projekt vorgelegt wird, auch wenn die Jakob und Emma Windler-Stiftung in verdankenswerter Weise einen Teil davon übernimmt und weitere Teilbeträge durch Rückstellungen, notabene auch aus Steuergeldern, gesichert sind.

Die hindernisfreie Personenunterführung unter dem Bahnhof ist ein altes Anliegen der Steiner Bevölkerung. Die SBB konnte die Frist, in welcher sie überall die Unterführungen sanieren soll, wiederholt hinauszögern. Umso glücklicher darf sich Stein am Rhein schätzen, dass der Bahnhof, für die SBB sicher nicht der Haltepunkt mit grösster Priorität, jetzt schon an die Reihe kommen soll.

Zum eigentlichen Bauprojekt möchte er sich nicht im Detail äussern, da dieses ganz unter der Federführung der Bahn realisiert wird und Stein am Rhein dazu lediglich seinen, wie gesagt nicht unerheblichen, finanziellen Beitrag leisten darf.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft die gleichzeitige hindernisfreie Gestaltung des Busbahnhofes. Es macht Sinn, auch diesen anderen Teil des öffentlichen Verkehrs für alle zu erschliessen. Dazu sind Fr. 770‘000 budgetiert.

Die Aufwertung der Bahnhofvorplätze zum Betrag von gut einer halben Million Franken ist, als dritter, optionaler Teil, im Kreditbegehren nicht enthalten. Die Mehrheit der bürgerlichen Fraktion findet es richtig, dass Notwendiges von Wünschbarem unterschieden wird.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Detailberatung
Seite 2
Jörg Derrer, SP, bezieht sich auf die geplante Aufhebung von Gleis 1. Vielleicht gibt es dann eine Möglichkeit, den Fussgängerweg hinter der Post zur Barriere etwas besser zu gestalten. Dies ist nicht im Projekt enthalten, aber evtl. ergibt sich eine Möglichkeit.

Markus Oderbolz erklärt, dass dieser Teil nicht im Perimeter der Stadt liegt, sie können höchstens bei der SBB das Anliegen vorbringen. Aber es ist Land der SBB und nicht im Projekt drin.

Seite 8
Cornelia Dean stellt den bereits angekündigten Antrag zur Variantenabstimmung wie vom Stadtrat vorgeschlagen unter Punkt 4.

Gian Luca Marchetto, SVP, unterstützt seine Vorrednerin diesbezüglich. Er hat sich auch Gedanken gemacht. Es ist eine halbe Million mehr zu Variante 1, aber es ist die Visitenkarte wenn man nach Stein am Rhein kommt und es wäre dann ein vollendetes Werk. Er möchte die Variantenabstimmung auch beliebt machen.

René Schäffeler verweist auf den engen finanziellen Rahmen der Stadt. Es kommen noch weitere grosse Projekte auf die Stadt in diesem und im nächsten Jahr zu. Man kann bei jedem Projekte sagen, das wäre auch noch schön, das hätte ich auch noch gerne dazu, aber die Stadt hat einen engen finanziellen Rahmen und man kann sich dies nicht leisten. Deshalb ist er der Meinung, dass man nicht noch eine zusätzliche Variante in Spiel bringen muss, bei welcher noch eine halbe Million zusätzlich ausgege-

ben wird. Das Projekt kann mit den geplanten Elementen sehr gut gestaltet werden. Positiv ist vor allem die Gestaltung des Busplatzes, für die sich der Stadtrat eingesetzt hat, die Buse längs zu parkieren, damit sich ein Platz ergibt, der Gestaltungsraum lässt und genutzt werden kann. Deshalb ist es für ihn nicht zwingend, dass man zusätzlich die Vorplätze auf beiden Seiten gestaltet. Stein am Rhein hat viele Plätze und es geht um eine halbe Million, die die Rechnung belastet. Deshalb ist er nicht dafür.

Irene Gruhler Heinzer kann diese Argumente gut nachvollziehen. Es ist eine weitere Ausgabe, die beschlossen werden muss und eine grosse Ausgabe für Stein am Rhein ist. Sie denkt aber, dass man danach eine fertig gestellte, schöne Visitenkarte hat, die gut genutzt werden kann. Sie würde deshalb den Variantenvorschlag unterstützen, damit auch das Volk entscheiden kann. Wenn sich das Volk für die teurere Variante entscheidet, wird diese auch durch das Volk getragen und da muss auch niemand ein schlechtes Gewissen haben, der die grössere Variante bevorzugt.

Werner Käser möchte sich dem Varianten-Vorschlag nicht verschliessen. Das Volk soll das letzte Wort haben, was es möchte und man kann dabei nochmals auf den engen finanziellen Rahmen hinweisen. Man hat die schönen Bilder mit den Bäumen gesehen und er hofft einfach, dass, nicht wie andernorts, diese dann wegoptimiert werden.

Beat Hug äussert sich noch kurz wegen den Finanzen. Es ist nicht so, dass dies nicht finanziert werden kann. Man muss dann halt neue Einnahmen generieren können oder etwas Anderes hinausschieben. Wenn das Volk dies will, dann muss man es irgendwie zahlen und der Stadtrat muss dann schauen wie.

Ruedi Vetterli, parteilos, versteht was René Schäffeler ausgeführt hat und dass man bei den Finanzen aufpassen muss. Man kann vieles finanzieren, es ist einfach die Frage wie weit man sich aus dem Fenster hinauslehnen will. Wenn man weiter und weiter investiert, wenn das Geld gar nicht mehr verfügbar ist. Es ist immer der falsche Moment, um mit dem Sparen zu beginnen, da es unangenehm ist. Aber er denkt, dass dies jetzt wirklich der falsche Moment ist, da auf der Vor der Brugg Seite bis jetzt nicht sehr viel Geld investiert wurde und es wäre richtig, wenn man nicht gerade jetzt dort mit Sparen beginnen würde. Deshalb würde auch er die Variantenabstimmung sehr unterstützen. Wenn das Volk diese Investition will, dann ist es auch in Ordnung.

Beat Hug äussert sich noch bezüglich des Vorschlags von Cornelia Dean, doch noch Fr. 50'000 des Kredits für eine mögliche Rheinufergestaltung stehen zu lassen. Die Finanzierung des Projektes liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Dieser wird den Vorschlag zu gegebener Zeit überprüfen.

Beschluss

1. **Der Einwohnerrat stimmt mit 11 gegen 3 Stimmen der Durchführung der vorstehend beschriebenen Variantenabstimmung mit folgenden Anträgen zu**
   - **A. Genehmigung eines Baukredit über Fr. 4.77 Mio. für den hindernisfreien Zugang zu Bahn und Bus.**
   - **B. Genehmigung eines Baukredit über Fr. 5.27 Mio. für den hindernisfreien Zugang zu Bahn und Bus <u>und</u> der Aufwertung der Bahnhofvorplätze im Süden und Norden des Bahnhofs.**
2. **Die Abschreibungsdauer ist gemäss Art. 84, Abs. 2 des Gemeindegesetzes auf 25 Jahre festzulegen.**

Mitteilung an
Bau-/Werkreferent
Finanzreferent

Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

6. Interpellation Rossi: Schulraumsituation im oberen Kantonsteil

Jean-Marc Rossi, ÖBS, hat sich erlaubt, diese Interpellation bezüglich der laufenden Analyse der Schulraumsituation einzureichen. So kann man sich den Vorwurf ersparen, man sei bezüglich Informationsstand immer hintennach.

Claudia Eimer nimmt als Schulreferentin gerne die Gelegenheit wahr, im Namen des Stadtrates über die Details betreffend Schulraumplanung zu informieren.

Der Stadtrat hat ein externes, auf Schulraumplanung spezialisiertes Büro beauftragt, eine quantitative und qualitative Analyse der Schulanlagen in Stein am Rhein durchzuführen. Die Erhebungen erfolgen über alle Stufen und Schulhäuser inklusive der Kindergartenstandorte. Sie berücksichtigen die demographische und bauliche Entwicklung sowie die mögliche Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden aufgrund der Entwicklungen und Anforderungen durch den Kanton.

1. Fragestellung
Der Auftrag an das Expertenbüro lautet: Die Stadt Stein am Rhein sucht Unterstützung bei der Entwicklung einer sinnvollen und nachhaltigen Schulraumstrategie.

Konkrete Aufträge:

- Den bestehenden Schulraum bezüglich des baulichen Zustandes und bezüglich der pädagogisch-funktionalen Qualitäten und Defizite analysieren und nachvollziehbar darstellen.
- Die mutmasslichen Schülerzahlen im Zusammenhang mit der Gemeindeentwicklung eruieren.
- Basierend auf den Resultaten der Analyse und des vorliegenden Entwicklungs- und Bedarfsberichtes Unterrichtsstrategien entwickeln, die weiterverfolgt werden sollten.
- Unter Einbezug einer Begleitgruppe ein Gesamtentwicklungsprojekt erarbeiten, welches eine Strategie der schrittweisen Umsetzung enthält, worauf eine Investitionsplanung abgestützt werden kann.

Phase 1 der Analyse wird bis zu den Sommerferien 2014 umgesetzt:

Modul 1: Durchführen der Raumanalyse nach Paedagogicus (Begehung und Schulleiterinterviews, Richtraumprogramm, Raumanalyse Gebäude quantitativ und qualitativ, weitere Themen wie Denkmalschutz, Erweiterungspotenziale der bestehenden Anlagen, Sporthallenauslastung usw.) .

Modul 2: Eruieren der Schülerzahlen (Grundlagenerfassung, Schülerfortschreibung unter Berücksichtigung der Geburtenrate, Integration Bautätigkeit, langfristige Prognosen mit Auswirkung der Bautätigkeiten auf die Entwicklung der Schülerzahlen in zwei Szenarien, Auswertung und Interpretation).

Modul 3: Gebäudeanalyse nach „Stratus“: Datenerfassung, Auswertung, Bericht und Interpretation.

Da ist die Bauverwaltung daran, sukzessive alle Liegenschaften mit dem Stratus zu analysieren, damit man einen Bericht hat über den Zustand der stadteigenen Gebäude.

Zuerst erfolgt die Analyse der Schulstandorte und -häuser von Stein am Rhein. Parallel dazu erfolgen Gespräche mit den Vertretern der Gemeinden des oberen Kantonsteils, so dass in einem zweiten Schritt die Schul- und Schulraumsituation im grösseren Rahmen analysiert werden kann. Die kantonalen Stellen haben dazu mit Gemeindevertretern das Gespräch ebenfalls gesucht und bieten in dieser Hinsicht Unterstützung an. Vor drei Wochen fand ein Gespräch mit den Schulpräsidentinnen und Präsidenten, den Schulreferentinnen und -referenten und den Schulleitungen des ganzen oberen Kantonsteils statt. Das ED hat die Herausforderungen jeder Gemeinde bezüglich Schulhäuser und Schülerzahlen und die Entwicklung aufgezeigt und Unterstützung zugesagt.

Eine Zusammenarbeit mit den Thurgauer Nachbargemeinden wird aufgrund der verschiedenen kantonalen Organisationen der Schulen (z.B. Kanton TG mit Schulgemeinden, etc.) nicht ins Auge gefasst.

2. Kosten der Expertise
Die Kosten für die Phase 1 belaufen sich auf unter Fr. 30'000 und liegen damit im Kompetenzbereich des Stadtrates.

3. Umsetzung der Analyse
In der Arbeitsgruppe haben Schulreferentin, Baureferent, Schulpräsidentin, Schulleiterinnen, Bereichsleiter Bau Einsitz.

Beigezogen sind die externen Fachpersonen. Es sind dies 2 Personen von Basler & Hofmann, dem Schulraumplanungs-Büro, nämlich Katharina Lenggenhager und Urs Maurer, welche am 30. Juni 2014 den Schlussbericht mit der Arbeitsgruppe diskutieren und anschliessend der gesamten Schulbehörde und dem Stadtrat unterbreiten werden.

Die weiteren Schritte werden gemeinsam diskutiert und das Vorgehen festgelegt.

Jean-Marc Rossi stellt keinen Antrag auf Diskussion, hat aber noch eine Rückfrage zu den Ausführungen von Claudia Eimer. Er möchte wissen, um was für eine Begleitgruppe es sich handelt.

Claudia Eimer erklärt, dass sich dies im ähnlichen Rahmen wie die Arbeitsgruppe bewegen wird. Es müssen verschiedene Aspekte berücksichtigt werden. Da sind die Lehrpersonen dabei, zum Teil die Kindergärtnerinnen, Experten aus der Schulraumplanung, Schulleitungen, Schulpräsidentin, Bauverwaltung, so dass alle Bedürfnisse abgeholt werden können. Die verschiedenen Interviews wurden ja genau aus dem Grunde geführt, dass die verschiedenen Bedürfnisse abgeholt werden können. Daraus ergibt sich eine Ist- und eine Soll-Situation, die verglichen werden kann und es ist dann anschliessend eine Kunst, auch mit dem finanziellen Rahmen, Lösungen zu finden.

Jean-Marc Rossi ist mit der erhaltenen Antwort zufrieden.

Mitteilung an
Schulbehörde Stein am Rhein, Frau Nicole Schallhart, Blaurockstrasse 8, 8260 Stein am Rhein
Herr Jean-Marc Rossi, Landhusweg 9, 8260 Stein am Rhein
Schulreferentin
Stadtkanzlei
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

7. Allgemeine Umfrage

Arthur Cantieni, Einwohnerratspräsident, verweist auf die versandte Einladung für eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung für den Donnerstag, 21. August 2014. Dies wegen der Initiative „Zukunftsgerichtete Infrastruktur“, die innerhalb von 6 Monaten im Einwohnerrat behandelt werden muss. Das ist faktisch der letzte Termin, der noch zur Verfügung steht.

Im Weiteren hat er am 16. Juni eine E-Mail erhalten, in welcher Werner Schmid seinen Rücktritt aus der GPK per 30. September bekannt gibt. Die Ersatzwahl wird auf die Sitzung vom 12. September 2014 festgelegt werden müssen.

*****

Rolf Oster, SP, hat heute per Mail ebenfalls eine Einladung im Namen von René Schäffeler und ihm verschickt. Es betrifft eine Koordinations-Sitzung der Fachkommissionen, um die Arbeit in den beiden Fachkommissionen gemeinsam zu diskutieren. Dies findet in derselben Woche, am 18. August um 20.00 Uhr statt. Es sind alle Mitglieder der Kommissionen sowie die vier Stadträte eingeladen.

*****

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, informiert, dass, wie bereits durch Beat Hug angesprochen, die Finanzplanung in Arbeit ist.
Am Donnerstag, 26. Juni 2014 um 16.00 findet auf der Burg die Einladung mit dem Gemeinderat von Öhningen statt.
Am Freitag, 27. Juni findet das Abschlussfest anlässlich der Projektwoche Schanz „Kinder dieser Erde“ statt, zudem alle eingeladen sind.

*****

Ruedi Vetterli, parteilos, hat noch eine Frage bzw. Anmerkung zum Leitbild-Prozess. Die Anfangs-Veranstaltung war ein sehr interessanter Abend, aber es hatte seiner Meinung nach sehr wenige Leute. Er hatte gehofft, dort käme eine breitere Vertretung der Bevölkerung, um dies auch breit abgestützt machen zu können. Dem zu Folge kann man in einigen der verschiedenen Arbeitsgruppen auch nicht davon sprechen, dass die Vertretung der Bevölkerung dort dabei ist. Er ist der Meinung, dass es für den weiteren Prozess der Leitbilderarbeitung absolut notwendig ist, dass die Bevölkerung breiter vertreten ist und vielleicht auch noch motiviert werden kann, um dort mitzumachen. Ein teures Leitbild, das durch die Bevölkerung doch nicht getragen wird, das ist genau das, was man nicht will. Gibt es Vorschläge, wie die Einwohner noch motiviert werden können, damit an den noch kommenden Veranstaltungen mehr Personen teilnehmen.

Claudia Eimer erinnert daran, dass am Anfang der Kick-Off Veranstaltung beinahe Wetten abgeschlossen wurden, wie viele Personen kämen, zwischen 50 und 350 war

alles möglich. Wolfgang Himmel, Leiter Leitbildprozess, sagte, je grösser die Stadt, desto weniger Bewohner nehmen teil. In Konstanz muss man froh sein, wenn 50 Leute kommen. In Stein am Rhein waren es ca. 80 – 90 Personen, im Vergleich zu Konstanz sind dies schon recht viele. Es ist ihr klar, man hat immer gesagt, man möchte die ganze Bevölkerung ins Boot holen, aber man kann die Leute nicht dazu zwingen, mitzumachen. Die Spurgruppe ist aber tatsächlich daran, Ideen zu entwickeln, damit man noch mehr Bewohner motivieren kann, an diesem wirklich interessanten Leitbildprozess mitzuhelfen. Ihr Dank geht an alle Beteiligten, die sicher auch bestätigten können, dass der Prozess sehr interessant ist.

Ruedi Vetterli nützt es nicht viel, wenn es in Konstanz noch 40 Personen weniger wären als in Stein am Rhein. Vielleicht würde es etwas bringen, wenn ein Brief an alle Haushaltungen geschickt würde, dies würde sich vielleicht lohnen. Im Gespräch mit Bewohner hat er herausgehört, dass die einen Angst hatten, sie müssten etwas erbringen, was sie nicht könnten, andere haben gar nicht gewusst, dass die Veranstaltung stattfindet.

Claudia Eimer nimmt die Idee gerne auf und wird sie weitergeben. Sie möchte noch darauf hinweisen, dass es nicht nur Plakate gegeben hat, sondern auch Inserate geschaltet wurden und auch vorher informiert. Auf dem schriftlichen Weg wurde gemacht, was möglich war. Aber sie werden dies an die Hand nehmen.

Irene Gruhler Heinzer möchte dies unterstützen, denn es war eine gute Veranstaltung und schade, dass so wenige Leute teilnahmen.

*****

Cornelia Dean, SP, informiert, dass die gefährlichen Lampen auf dem Fussball-Platz weg sind, da die Bauarbeiten begonnen haben.

*****

Peter Spescha, SP, verweist auf die Interpellation der SP-Fraktion bezüglich Chirchhofplatz. Ein Punkt, der darin erwähnt ist, erscheint ihm als sehr dringend und zwar die Sicherheit der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer. Seiner Meinung nach besteht dringender Handlungsbedarf. Die aktuelle Situation für die Fussgänger ist äusserst gefährlich und er möchte, dass die Situation verbessert wird, bevor jemand unter einem Auto liegt.

Aktuell präsentiert sich die Situation wie folgt: Der Fussgänger, meistens ortsunkundige Touristen, möchte über die Strasse. Dann kommt von links ein Schub Autos, dann kommt von rechts ein Schub Autos. Auf der einen Seite sieht man, dass die Autos hinter dem Lichtsignal halten, auf der anderen Seite sieht man nichts, weil diese bei der Brücke unten stehen. Der Fussgänger hat also nur die Möglichkeit, in einer autofreien Lücke über die Strasse zu rennen. Nach seinem Verständnis sind bei einer bestehenden Lichtsignal-Anlage alle Verkehrsteilnehmer in diesem Lichtsignal-System involviert. Dies ist beim Chirchhofplatz nicht so. Die Autos werden gesteuert mit dem Lichtsignal, die Fussgänger haben nichts. Der frühere Fussgängerstreifen wurde mit der Sanierung des Chirchhofplatzes entfernt.

Im Abstimmungsmagazin ist folgendes erwähnt: „ Der Fussgängerstreifen wird durch eine gut sichtbare Fahrbahnbemalung wie vor dem Lagerhaus ersetzt. Die Grünphase

der Ampel wird durch ein orange blinkendes Fussgänger-Signal abgelöst. Mit diesen Massnahmen kann die Fussgängersicherheit zusätzlich verbessert werden.“ Keine dieser Massnahmen wurde umgesetzt. Die Fahrbahnbemalung zur Lenkung und Sicherheit der Fussgänger wurde nicht angebracht, wohl aber die Mittellinie, damit sich die Autofahrer noch sicherer und im Recht fühlen, damit sie keine Rücksicht auf die Fussgänger nehmen müssen. Es kam bereits zu gefährlichen Situationen und entsprechenden Reklamationen. Er wünscht eine Auskunft des Stadtrates, was er zu unternehmen gedenkt und zwar kurzfristig, um die gefährliche Situation zu entschärfen und wie die Lösung nach Aufbringung des Deckbelages aussehen soll.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, verweist darauf, dass das Projekt erst abgeschlossen ist, wenn der Deckbelag aufgebracht wird. Es wurde entschieden, auf das Anbringen dieser Farbe zu verzichten, da diese wieder abgetragen werden muss, bevor der Deckbelag gemacht wird. Aber er nimmt das Begehren gerne entgegen. Nächste Woche findet eine Projektausschuss-Sitzung statt und sie werden speziell nochmals behandeln, wie die Situation verbessert werden kann, bis der Deckbelag da ist. Peter Spescha wird anschliessend informiert werden.

Wenn der Deckbelag aufgetragen ist, werden all die Massnahmen, die im Projektantrag erwähnt sind, ausgeführt werden. Auch in der Rhygass und bei der Ecke Helferei fehlen diese Markierungen noch. Diese jetzt aufzubringen ist ein Aufwand und kostet zusätzliches Geld.

Peter Spescha findet es einfach ein Missverhältnis. Man hat die weissen Linien für die Autos gemacht, damit diese aneinander vorbei kommen, die Fussgänger haben gar nichts. Wie sieht es mit dem orangen Blinken beim Lichtsignal aus?

Da muss **Markus Oderbolz** zuerst Rücksprache mit dem Stadtpolizisten nehmen.

Peter Spescha denkt, dass man sich diesbezüglich noch etwas überlegen muss, damit die Fussgänger von dieser Anlage auch profitieren.

*****

Ernst Böhni, Sicherheitsreferent, weist darauf hin, dass es bezüglich Rotlicht drei Phasen gibt. Nach dem Zeughaus kommt die Ausfahrt Stadt und dies ist der Zeitpunkt, zu dem die Fussgänger die Strasse überqueren müssen.

Aber eigentlich möchte er mitteilen, dass an das Brückenfest der Feuerwehren Stein am Rhein und Öhningen die Anwesenden auch herzlich eingeladen sind. Dieses findet am 28. Juni 2014 statt und wird noch in der Zeitung inseriert.

*****

Keine weiteren Wortmeldungen.

Mitteilung an
Stadtkanzlei
Ablage

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Stein am Rhein, 3. Juli 2014
Die Protokollführerin

Yvonne Widmer